



---

## **Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung**

51. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)\*)

19. Januar 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.25 Uhr bis 15.55 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenografin: Eva-Maria Bartylla

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

*(TOP 1 s. APr 12/1483)*

- 2 Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung zum Thema "Abwasser" am 10. November 1999: Erkenntnisse und Konsequenzen**

1

Vorlage 12/3145

in Verbindung damit

**Abwasserabgabe und Kleininleiterabgabe abschaffen, Gebühren senken,  
Gewässerqualität erhalten**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksachen 12/3732 und 12/4337

---

\*) öffentlicher Teil mit TOP 1 s. APr 12/1483

Der Ausschuss verständigt sich darauf, über den CDU-Antrag am 15. März 2000 öffentlich zu beraten und abzustimmen.

**3 Nicht-TASi-konforme Deponien in NRW: Standorte, Gebühren, Restkapazitäten/Restlaufzeiten**

5

Vorlage 12/3146

Der Ausschuss diskutiert den mit Vorlage 12/3146 vorliegenden Bericht der Landesregierung.

**4 Rahmenbedingungen zur Führung des Mengenstromnachweises für Selbstentsorger gemäß Verpackungsverordnung**

8

Vorlagen 12/2999 und 12/3086

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

**5 Gebrauchtholz-Recycling in NRW: anfallende Mengen, Behandlungs- und Entsorgungsmöglichkeiten, Rechtsgrundlage sowie Handlungsbedarf**

9

Vorlage 12/3000

Dieser Tagesordnungspunkt wird in Verbindung mit Punkt 8 der Tagesordnung behandelt.

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zu beiden Tagesordnungspunkten - Drucksachen 12/3000 und 12/3144 - ohne Aussprache zur Kenntnis.

**6 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeits- und technischen Arbeitsschutzes (ZustVO ArbTG)**

Vorlage 12/3055

9

Der Ausschuss nimmt die Verordnung zustimmend zur Kenntnis.

**7 Umsetzungsbericht 1999 zum Klimabericht Nordrhein-Westfalen**

10

Vorlage 12/3072

Auf die Bitte von Hans Peter Lindlar (CDU) sagt Ministerin Höhn zu, dem Ausschuss eine schriftliche Stellungnahme zum Klimabericht zukommen zu lassen, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Luftreinhaltung befasst.

**8 Technische Anleitung Verwertung - Stand und weiteres Vorgehen in NRW**

Vorlage 12/3144

10

Siehe TOP 5.

**9 Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 32 der GO des Landtags zum Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen**

11

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/4475

Der Ausschuss beschließt, die Anhörung am 18. Februar 2000 um 10.00 Uhr durchzuführen. Die Liste der einzuladenden Sachverständigen wird einstimmig angenommen.

- 10 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes** 11  
Vorlagen 12/3082 und 12/3135

Der Ausschuss stimmt der Verordnung einstimmig zu.

- 11 Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (2. Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)** 12  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/4320  
in Verbindung damit  
**Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes**  
Gesetzentwurf der CDU  
Drucksache 12/3882

Der Punkt wird vertagt, um die Auswertung der Anhörung abzuwarten. Um vor der abschließenden Sitzung des federführenden Ausschusses am 15. März 2000 ein Votum abgeben zu können, wird als Termin für eine Sondersitzung des Umweltausschusses der 23. Februar 2000, 8.30 Uhr, festgelegt.

- 12 Verschiedenes** 12

Siehe Diskussionsteil.

\*\*\*\*\*

**9 Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 32 der GO des Landtags zum Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/4475

Der Ausschuss beschließt, die Anhörung am Freitag, 18. Februar 2000, 10.00 Uhr, durchzuführen. Die vorliegende Liste der einzuladenden Sachverständigen wird einstimmig angenommen.

**10 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes**

Vorlagen 12/3082 und 12/3135

**Vorsitzender Klaus Strehl** trägt vor, die Landesregierung habe den Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes beraten und beschlossen, diese Verordnung vorbehaltlich etwaiger Einwendungen der zuständigen Ausschüsse gegen die genannten Vorschriften auszufertigen.

Der Entwurf enthalte allerdings in der "Übersicht zum nachfolgenden Verzeichnis" einen redaktionellen Fehler. Auf Seite 2 Nr. 3 des Verordnungsentwurfs sei die Nr. 71.1 Grundbuchverfügung zu streichen. Nr. 71.2 werde dadurch Nr. 71.1. Der Fehler beziehe sich nur auf die Inhaltsübersicht.

Diese Verordnung sei zum einen durch die Novellierung des Landesabfallgesetzes und zum anderen durch bundesrechtliche Vorschriften erforderlich geworden. Außerdem würden die erforderlichen Zuständigkeitsbestimmungen zum Bundes-Bodenschutzgesetz und der hierauf beruhenden Verordnung getroffen. Bestehende Zuständigkeitsregelungen würden geänderten oder ergänzten Vorschriften im Immissionsschutzrecht, im Wasser- und im Gentechnikrecht angepasst.

**Hans Peter Lindlar (CDU)** fragt, ob es Verlagerungen von Zuständigkeiten auf die Kommunen gebe. - **Staatssekretärin Friedrich (MURL)** antwortet, es gebe keine echte Verlagerung, sondern nur eine Festschreibung von Zuständigkeiten, die es vorher auch gegeben habe. Bestehende Aufgaben seien durch die neue Gesetzeslage jetzt erst klar geregelt.

Der Ausschuss stimmt der Verordnung einstimmig zu.